

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

150 (7.7.1909) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Für Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 80 Pfg., durch den Briefträger ins Haus gebracht, 86 Pfg. vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher:
Nr. 535.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.

Fernsprecher:
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Resten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Heber in Wehr; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wähler; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Resten: Hermann Wähler in Karlsruhe.

Deutscher Reichstag.

(276. Sitzung.)

Berlin, 6. Juli 1909.

Der Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung 14 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Gesetzes zur Verhütung der gollwirdigen Verwendung von Gerste.

Abg. Südekum (Soz.) beantragt die Abkehrung dieses Gesetzes von der Tagesordnung.
Der Antrag wird abgelehnt. Es bleibt daher bei der bisherigen Tagesordnung.

Abg. Stolle (Soz.) bekämpft die Vorlage. Die Statistik gab keinen Anhalt für die Wichtigkeit der Behauptung, daß als Futtermittel eingeführtes Getreide zu gewerblichen, besonders zu Brauwedern, verwendet werde. Durch dieses Gesetz wird infolge der Ausgabe für die Verrechnung der Futtermittel der Gerstenpreis erhöht werden zum Nachteil der kleinen Landwirte und zum Vorteil der Großgrundbesitzer.

Abg. Dammann (Hanover) (natl.): Der Vorrat hat die gleichen Bedenken schon in der Kommission borgebracht, wo sie genügend erörtert wurden. In der Kommission ist die Frage so gründlich geprüft worden, daß man hier von einer eingehenden Behandlung des Gesetzes absehen kann. Es liegt im Interesse der kleinen Landwirte, daß der Zoll auf Gerste von 1.80 Mk. auch in Zukunft beim Abschluß neuer Handelsverträge bestehen bleibt. Der Gesetzesentwurf enthält Vorschriften, die Sicherheit und eine reelle Basis für den Handel schaffen und eine wesentliche Verbesserung der gegenwärtigen Zustände bedeuten. Ich bitte, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. Dufanigel (natl.): Wir stimmen dem Gesetze zu, wenn auch eine Erweiterung und spätere Fassung des Gesetzes erwünscht gewesen wäre.

Abg. Carstens (fr. Vp.): Wir halten diese Vorlage für einen hyperagrarischen Wechselbolg. Die Regierung erklärte in allen Kommissionsitzungen die jährliche Fassung für unannehmbar. Wir werden dagegen stimmen.
Direktor im Reichstagsbüro W. H. H. Die Angriffe der Linken gegen dieses Gesetz scheinen weit über das Ziel hinaus. Die Regierungsvorlage fällt eine Lücke in der bestehenden Zollgesetzgebung aus und ist eine Streitfrage, die schon dieses Haus beschäftigt.

Abg. Vogt-Halle (natl.): Wir hoffen, daß sich bis zur 3. Lesung noch ein Ausweg finden wird, dem auch die Regierung zustimmen kann. Die Einfuhr neuerer Waaren wie insbesondere erbsenähnlicher Getreidearten, während die von Futtermitteln zu dem billigen Zoll von 1.80 für den Doppelzentner in demselben Maße liegt.

Abg. Göttsche (fr. Vp.): Durch die Fassung würden neue Industriezweige Schaden leiden. Die Herren des neuen Brauwedens sollten darauf bestehen, die Verantwortung vor dem Volke voll zu tragen.

Abg. Sped (fr. Vp.): Das Gesetz wird dem Getreidehandel, der Landwirtschaft und dem russischen Futtermittelmarkt schaden.
Wegen des Reichstagspräsidenten Raafschke: Lieber den § 1 des Gesetzes wird namentlich abgelehnt werden.
Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden.

Abg. Singer (Soz.) beantragt, über den Schlußantrag ebenfalls namentlich abzustimmen.
Abg. Semler (natl.): Graf Carmer hat mir erklärt, da ich einen Antrag gestellt habe, wolle man mich 5 Minuten reden lassen. Sei ich damit einverstanden, so werde er den Schlußantrag noch zurückhalten. (Lärmende Pfürche.) Auf diese Weise wird jede ehrliche Verhandlung unterbunden. (Renner Lärm.) Darauf wird über den Schlußantrag namentlich abgestimmt. Er wird mit 164 gegen 149 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. (Wutruf.) Die vom Reichspräsidenten Dr. Raafschke verhängt werden.

Nach schärfen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Semler, Graf Carmer, Spahn und Bemerkungen des Reichspräsidenten Raafschke wurde

ein Änderungsantrag Semler angenommen, wonach der Radiowert erhöht werden muß, daß die betreffende Gerste für Verwertung von Malz ungeeignet ist oder daß sie zu Brennweiden verwendet wird. Darauf wurde der grundlegende § 1 des Gesetzes in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 85 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Die folgenden Paragraphen wurden in einfachen Abstimmungen angenommen. Bei dem letzten Paragraphen, nach dem das Gesetz am 1. September 1909 in Kraft treten soll, wird von sozialdemokratischer Seite beantragt, gleichzeitig an diesem Termin die Bestimmung über die Einfuhr von Gerste außer Kraft treten zu lassen.

Abg. Südekum (Soz.) begründet den Antrag, der nach kurzer Debatte abgelehnt wurde. Der Rest des Gesetzes wurde in der Kommissionsfassung angenommen.
Es folgt die Fortsetzung der Beratung der Vorlage zur Reichsfinanzreform. Die Gas- u. Elektrizitätssteuer wurden gebilligt abgelehnt. Darauf folgt die Beratung der Angelegenheiten, deren Ablehnung die Kommission ebenfalls beantragt.

Abg. Dieck (Soz.) befürwortet den Antrag der Kommission.
Abg. Kretsch (natl.): Teilweise wären allerdings unannehmbar Bestimmungen in der Vorlage enthalten, andererseits aber hätten viele Zeitungen diese Belastung tragen müssen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Wiemer (fr. Vp.) und Dieck (Soz.) wurde die Angelegenheit abgelehnt.

Abg. Graf Westarp (natl.) beantragt, den nächsten Punkt der Tagesordnung „Reichssteuerreform“, Feuerversicherung, Scheid- und Umschlagsteuer abzusehen, da Änderungsanträge in Vorbereitung seien.

Nach Bemerkungen des Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung, die großen Lärm hervorriefen und bei denen Singer sagte, dem Reichstag werde der Stempel einer Schandurde aufgedrückt, wofür er zur Ordnung gerufen wurde, wurde der Antrag Westarp angenommen.

Abg. Singer (Soz.) beantragte, um der Mehrheit weichen zu lassen, den Antrag zurückzugeben, abgelehnt zu werden. Der Antrag wurde abgelehnt.
Es folgt die Beratung der Zinsänderungssteuer.

Abg. Oßann (natl.) begründet mehrere Änderungsanträge, durch die die Interessen der kleinen Fabrikanten geschützt werden sollen.

Abg. Varenfort (Sp.) befürwortet einen Änderungsantrag, den Zoll für Zinsänderung und Zinsänderung aus Wappe von 20 auf 30 Mk. für den Doppelzentner heraufzusetzen.

Abg. Rommelsp. (fr. Vp.): Die Steuer würde 40 Pfg. pro Kopf der Bevölkerung betragen. Wir stimmen gegen das Gesetz, werden aber zunächst für die national-liberalen Änderungsanträge eintreten.

Direktor im Reichstagsbüro W. H. H.: Wie sich die Regierung zu dieser Vorlage, die als Kommissionsantrag zu betrachten ist, stellen wird, kann noch nicht gesagt werden. Durch schärfendes Umgehen mit Streikbewertern wurden 1906 und 1907 je über 6 Millionen Mark Schaden verursacht.

Abg. Schwarz (Soz.) sprach sich gegen die Steuer aus.
Abg. Fir (fr. Vp.) hat bei den Entschuldigungsbestimmungen um mehr Rücksicht auf den kleinen Handel.

Abg. Müller-Weinigen (fr. Vp.) bekämpft die Steuer als mittelstandsfeindlich.
Ein vom Abg. Mollenhuth (Soz.) befürworteter Antrag auf Entschädigung für die durch das Gesetz arbeitslos werdenden Arbeiter und Betriebsangehörigen wurde in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 142 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. (Pfeiferei bei den Sozialdemokraten.) Der grundlegende § 1 der Zinsänderungssteuer, der die Steuer im Prinzip festsetzt, wurde mit 179 gegen 165 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Die übrigen Teile des Gesetzes wurden debattelos ohne wesentliche Änderungen angenommen.
Bei einem neu gestellten Verlagsantrag war wegen

zweifelhafter Abstimmung Sammel sprung nötig. Der Antrag wurde mit 185 gegen 142 Stimmen angenommen.
Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Kleinere Vorlagen; Fortsetzung der heutigen Tagesordnung; Reichstempelgesetz.

Deutschland.

Berlin, 7. Juli 1909.

Der Kaiser und die Krise. Ueber die innern Gründe, die den Kaiser zu dem Entschluß veranlaßt haben, das Entlassungsgesetz des Fürsten Wilow zu genehmigen, soll der „Mittelp.“ zufolge ein hoher preussischer Staatsbeamter und Träger eines alten Namens, der des öfteren in der nahen Umgebung des Monarchen weilt, sich folgendermaßen ausgesprochen haben:
„Der Kaiser hat in der ganzen Reichsfinanzreformfrage dem Reichsanwalt völlig freie Hand gelassen und ihn in allen seinen Entschlüssen und Handlungen gedeckt, nachdem ihm aufsehernd Fürst Wilow — in wohl allzu gütigen Optimismus — fest zugesagt hatte, er würde bestimmt die finanziellen Räte des Reiches mit Hilfe der Reichsparteien lösen. Nach bei dem Vortrag, den der Kaiser nach Rückkehr seines kaiserlichen Herrn aus Kurland und Wien in Wiesbaden gehalten hat, ist es dem Fürsten gelungen, die damals schon starken Bedenken des Monarchen wegen der einseitig-gelegenen Wollpolitik Wilows zu zerstreuen, die damals bereits starken Widerspruch in einflussreichen, besonders süddeutschen Kreisen der verbündeten Regierungen gefunden hatte. Dann aber hat die Zustimmung über die Erbanfallsteuer den völligen Zusammenbruch der bisherigen Reichsregierung gegenüber den Reichsparteien herbeigeführt, und nunmehr hat der Kaiser auch keinen Augenblick mehr gezögert, mit schnellem Entschluß der für die Zukunft unheilbar erscheinenden Situation ein Ende zu machen, d. h. sich vom Fürsten Wilow zu trennen. Nur um den Reichsanwalt im Range der Reichsregierung mit dem Kaiser zu trennen, und um die Reichsregierung zu belastigen, vielleicht auch um das Prestige der Regierung dem Reichstagen gegenüber zu wahren, soll Fürst Wilow noch die Aufklärungsarbeiten der Finanzreform besorgen, ehe er seinen Platz an den fünften Rang der Reichsregierung, Graf Monts oder Graf Bernstorff heißen, oder vielleicht ein Mann der bisher rein geschäftlichen Praxis sein, fäherlich alles andere, nur nicht das gefällige Werkzeug des Reichs des Reichs, angeprochen wird. Die sogenannte liberale Politik des Fürsten Wilow ist in Wirklichkeit die ruhige, aber unabänderlich beharrliche Reformpolitik des Kaisers selbst. In dem vierten Rang der Reichsregierung, der die Reichsregierung, der u. a. in der letzten preussischen Thronrede ausgesprochen war, lebt weiter und wird allein von einem anderen Interpreten vertreten werden, der allerdings auch auf einen anderen Weg zusehen muß, zum Ziele zu gelangen, als der bisherige erste Ratgeber des Kaisers im Reiche und der Krone Preussens.“

Zum Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers. Der Wiener „Neuen Freien Presse“ wird aus Berlin unter dem 1. Juli telegraphiert: „Von einer Persönlichkeit, die in der Lage ist, über die Vorgänge beim Rücktritt des Fürsten Wilow ganz besonders gut Bescheid zu wissen, wird Ihr Korrespondent erucht, zwei Aufstellungen zu berichtigen, die den Tatsachen nicht entsprechen bezw. dem Fürsten Wilow nach dessen Ansicht nicht volle Berechtigung widerfahren lassen. Erstens sei es unrichtig, wenn behauptet werde, Kaiser Wilhelm habe das Entlassungsgesetz des Fürsten Wilow abgelehnt, weil er dem Reichsanwalt dessen Haltung in den Novembertagen bis heute nicht verziehen habe. Das Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem Fürsten

Wilow sei im Gegenteil gegenwärtig ein vorzügliches und gänzlich ungetrübbtes. Kaiser Wilhelm habe volles Vertrauen zum Fürsten Wilow, habe sich aufrichtig bemüht, ihn zur Zurücknahme seines Entlassungsgesetzes zu bewegen und habe nur schließlich dieses deshalb akzeptiert, weil Fürst Wilow selbst darauf bestand und den Kaiser davon überzeugt habe, daß es in seinem — nämlich des Fürsten Wilow — Interesse gelegen sei, sich der Bürde des Amtes zu entledigen. Zweitens tue man dem Fürsten Wilow unrecht, wenn man behauptet, er habe nur deshalb nicht auf die Auflösung des Reichstages gedrungen, weil es ihm dazu an Mut gefehlt habe. Fürst Wilow habe sich im Gegenteil vor allem deshalb nicht zur Reichstagsauflösung entschlossen, weil er es für unbedingt erforderlich gehalten habe, die Reichsfinanzreform zustande zu bringen, um den Geldbedarf des Reiches zu decken. Ein neuer Reichstag, in dem sich vielleicht eine den indirekten Steuern feindliche Mehrheit gefunden hätte, würde das Zustandekommen der Reichsfinanzreform ernstlich gefährdet haben. Auch habe es Fürst Wilow mit seiner Überzeugung nicht vereinbaren können, einen Schlag gegen die Konzeptionen zu führen. Er halte trotz aller seiner Schwächen gegen diese Partei für einen notwendigen Faktor im deutschen Staatleben und sehe ihnen in seinen politischen Anschauungen nahe. Endlich dürfe man auch nicht vergessen, daß die Auflösung des Reichstages nicht vom Kaiser oder gar vom Reichsanwalt allein abhängt, sondern vom Bundesrat beschloffen werden müsse.“ — Der „Kreuzzeitung“ wird von unabhängiger Seite die Wichtigkeit der vorstehenden Mitteilungen in vollem Maße bestätigt.

Ueber die Vorgesichte der Schenksteuer hört die „Mittelp.“, daß sie in Konferenzen von Vertretern der Banken wie des Handels und der Industrie im Reichstagen durchaus bestritten worden sei, mit der Begründung, daß unser Schenkversteher sich bereits ungelohnt entwickelt habe und da der Staat hauptsächlich nur kleineren Zahlungen diene, zu einer Belastung der Großhandlungen über! Trifft das zu, dann würde es ein neues bezeichnendes Schlaglicht auf den Standpunkt werfen, von dem das Reichstagsamt die gewissen Steuerentwürfen ausgeht. Wir können nur bestätigen, daß diese Meldungen zutreffend sind.

Wörtengeheuern, die nichts schaden. Ueber die näheren Verhältnisse an der Börse ist nicht nur das gewöhnliche Volk gänzlich im Unklaren, sondern leider auch die Mehrzahl der Gebildeten und der größte Teil der maßgebenden Regierungskreise. Daß diese Unklarheit schon manchen Wörtengeheuern hat entstehen lassen, welche nicht nur den beabsichtigten Zweck völlig verfehlten, sondern auch direkt das Volk und dessen Kredit schwer geschädigt haben, dies haben schon alle Kulturvölker erfahren. Die großen Tageszeitungen sind wohl meist direkt oder indirekt unter der „Kontrolle“ der Börseleute; von ihnen ist also eine Aufklärung ebenfalls nicht zu erwarten, eher das Gegenteil. Dies darf nicht aus dem Auge gelassen werden, wenn man jetzt über die Schädlichkeit der Börse und Verkehrsteuern liest. Was ist die Börse? Die Börse ist für die Weltwirtschaft im Großen, was der Gemüse- und Obstmarkt im Kleinen ist; der Treppentritt der Käufer und Verkäufer sowie deren Vermittler. Wenn der Markt durch ungeeignete Gesetze beengt, oder durch hohe Gebühren zu sehr belastet wird, so werden die Geschäfte ohne Markt aber auch ohne Kontrolle der Öffentlichkeit „gemacht“, d. h. der Käufer, der Verkäufer, besonders aber die Zwischenhändler benötigen

Schwesterchen, dann sollst Du auch Deine Belohnung haben!“
„Und worin wird dieselbe bestehen?“
„Das weiß ich noch nicht, Du darfst Dir etwas von mir ausbitten!“
Otti lachte übermütig.
„Wir werden sehen; vielleicht nehme ich Dich beim Wort!“
Unter Lachen und Scherzen nahmen sie Abschied von einander.

Als die kleine Maronessa in Neunkirchen ankam und sich bei ihrem Papa erkundigt hatte, ob er sich während ihrer Abwesenheit nicht allzusehr gelangweilt habe, bat sie Sylvia, mit ihr einen kleinen Spaziergang durch den Wald zu machen. Nur widerstrebend willigte diese ein.

Fräulein Otti hatte schon den Plan fertig, womit sie sich an Sylvia rächen wollte für das Verfehlen einer „wichtigen Sache“. In ihrem köstlichen rumore es, ans ihren Augen bligte der Schalk. Sie war ungemein heiter und lustig. Auch Sylvia bemerkte dies.

„Sie scheinen sich ja in der Stadt sehr gut amüsiert zu haben?“ fragte sie.
„O ja,“ war die rajade Antwort. „Kennen Sie den Opernjäger Walter, der gegenwärtig so gefeiert wird?“

Sylvia sah zu Boden. Eine heiße Rote stieg ihr in die letzten Wangen.
„Ja, — ich hörte von ihm,“ — sie stotterte.
(Fortsetzung folgt.)

Die Freundinnen.

Originalroman von Irene von Hellmuth.

(Fortsetzung.)

„Papa wird uns später dankbar sein,“ erklärte Fräulein Otti. „Also nun daß auf!“ Er reichte ohne den geringsten Argwohn mit uns hierher zu seinem Jugendfreund. Da ihn von mehreren guten Doktor dringend ans Herz gelegt wurde, der Mama ja nicht zu widersprechen, so wird er sich auch ihrem Wunsch fügen und ins Theater mit uns gehen. Ich hoffe, wenn er Dich erst singen gehört hat, dann wird er Dir leichter verzeihen, — und daß Du schon singen kannst, wissen wir, — denn etwas von Deinem Ruhm ist ja auch schon zu uns gedrungen. Natürlich weiß Papa nicht, daß der berühmte Walter sein Sohn ist. Er darf vorher auch nichts erfahren, sonst geht er nicht mit. Er muß vollständig über demirrt werden. Hoffentlich machst Du mir keine Schande und singst anständig!“

„Sie sah den Bruder schelmisch lächelnd an.
Der Kopfte sie auf die Wangen: „Wettermädel, Dein Plan ist nicht schlecht,“ lobte er. „Wenn er gelingt, so bin ich vollständig glücklich. Denn daß Papa trotz meines Erfolges mir immer noch zürnt, hat mir manchen trüben Stunde bereitet. — Aber sag, Schwesterchen, wo hast Du denn jetzt den Papa gehalten?“

„Der sitzt bei seinem Jugendfreund und leidet ihm Gesellschaft. Wir sagten ihm, wir hätten allerlei zu besorgen in der Stadt. Wir mußten Dich doch vorbereiten auf das, was kommen soll, nicht wahr?“

Es gilt jetzt nur noch Sorge zu tragen, daß er nicht Verdacht schöpft. Wir haben geteilt, als wir durch die Stadt fuhren, eine Heidenangst, Du könntest uns irgendwo in den Weg laufen, es ging aber alles ganz vortrefflich. Der Jugendfreund von Papa wohnt nämlich gar nicht mehr hier. Er beharrte aber darauf, ihn zu besuchen, und da Mama auch ihrer „Nerven“ wegen möglichst Ruhe haben soll, so packte alles vorzüglich. Wir sind da auf dem Lande, und doch nahe bei der Stadt. Einen stilleren Winkel konnten wir gar nicht finden, als dieses einsame Nest, dieses — Neunkirchen!“

Hermann fuhr lebhaft auf bei Nennung dieses Namens. Otti lachte so laut und übermütig, daß es auch auf die Mutter anklingend wirkte.
„In Neunkirchen sagtest Du?“ rief der Bruder höchst überrascht.

„Allerdings,“ nickte Otti, „da wohnt doch jetzt der Jugendfreund Papas. Uebrigens ein recht grämlicher, finsterner Mann, dieser Herr von Schmettwitz! Wenn Sylvia nicht wäre!“

Die übermütige Baronesse kam nicht weiter. Der junge Mann hatte sie stürmisch um den Hals gepackt und rief mit blitzenden Augen: „Also Sylvia von Schmettwitz gefällt Dir, Schwesterlein? Und Dir, Mama, kennst Du sie? Ach, was frage ich, sie muß Euch ja gefallen!“

„Verrückt, laß mich doch los, — Du erdrückst mich ja!“
Otti machte sich energisch aus den sie umschlingenden Armen frei und Hermann sagte mit glücklichem Lächeln: „Wir müßt nämlich wissen, daß Sylvia von Schmettwitz meine —“

„Deine Braut ist,“ rief Otti dazwischen, „o das ist uns nichts neues! Aber Du Heuchler schreibst uns davon kein Sterbenswört!“

„Wie, das weißt Du auch? Hat Sylvia es Dir gesagt?“
„O die, — die mag sich hüten vor mir!“ zürnte Otti.

„Eine ganze Nacht schon habe ich mit ihr in demselben Zimmer zugebracht und sie ließ sich nicht das Mindeste verlanen, daß sie Braut ist! So etwas Wichtiges könnte ich nicht eine Stunde lang verschweigen!“

„Ja, das glaube ich!“ lachte Hermann. „Aber wie erfuhrst Du es denn, wenn nicht von Sylvia?“

„O, mir bleibt nichts verborgen,“ versicherte Otti, „schielte aber doch nach dem Schreibtisch, dessen Fächer eine bedenkliche Unordnung aufwies. Und dann sprang sie rasch auf ein anderes Thema über: „Nun sage aber schnell, wann sollen wir mit Papa in die Oper gehen, damit er ordentlich Respekt vor Dir bekommt?“

„In wenigen Tagen findet die erste Aufführung des „Prophet“ statt,“ entgegnete Hermann, „ich denke, da leiste ich etwas!“

„Gut,“ lachte die Schwester, „und falls Papa geneigt ist, Dir zu verzeihen, wo soll denn die große Verlobung stattfinden?“

„Am besten ist es, Ihr fahrt nach der Vorstellung hier her in meine Wohnung. Ich werde mich beileben mit dem Umkleiden und komme sofort nach! Ich werde singen, wie ich noch nie gesungen, um das Herz des Vaters zu erweichen. Ich beuge die feste Überzeugung, daß es mir gelingt! Und dann,

